

Berliner Tageblatt

Nr. 451

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

(Verlags- und Druckerei-Gesellschaft in Berlin)

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin

Vor der Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Die Beantwortung der deutschen Fragen.

Die Informationen eingetroffen.

Leberreicherung heute abend.

Die Antwortnote aus London, die, wie im Zeitungsartikel mitgeteilt ist, die von der Reichsregierung erbetenen Informationen enthalten soll, ist heute vormittag, in Berlin eingetroffen. Ihr Inhalt ist zur Stunde den amtlichen deutschen Stellen noch nicht bekannt, und man nimmt nur an, daß sie ziemlich umfangreich ist. Heute abend um 6 1/2 Uhr dürfte der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der heute nach Berlin zurückgekehrt ist, eine Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord d'Abernon haben, in der man natürlich die Informationen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erörtern wird. Wie die ganze Frage gegenwärtig steht, und welche Punkte besonders aufgeföhrt werden müssen, ergibt sich aus dem nachstehenden Monatsartikel.

Reichskanzler Dr. Marx hat heute seinen Erholungs-aufenthalt in Spangarigen beendet und befindet sich auf der Rückreise nach Berlin; hier wird er jedoch erst morgen früh eintreffen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist bereits heute nach Berlin zurückgekehrt. Morgen vormittag wird der Reichsaußenminister wieder in Berlin sein und an der auf morgen 11 Uhr vormittag anberaumten Kabinetts-sitzung teilnehmen.

Zwei Strömungen in Frankreich.

Die „Bedingungen“ der Nationalisten.

(Telegramm unseeres Korrespondenten)

Paris, 22. September.

Die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund scheidet die Franzosen noch weit mehr zu interessieren als die Deutschen. Daß der Beitritt des Reiches bald erfolgen muß, wird allgemein zugesehen, aber über die Bedingungen der Aufnahme werden Meinungen geäußert, die deutlich erkennen lassen, daß den französischen Nationalisten die Teilnahme Deutschlands durchaus nicht willkommen ist. Mit auffallender Schärfe spricht sich über diese Frage der „Temps“ aus. Der letzte Artikel schildert die Sorgen, die gewisse Kreise in Frankreich haben, so bezüglich, daß er die Zweckmäßigkeit eines schnellen Beitritts zum Bunde auch den Zweifeln in Deutschland harnen wird. Der Verfasser des Artikels ist der Meinung, daß der Eintritt Englands und der skandinavischen Staaten den wichtigsten Erfolgen dazu dienen zu haben, seine Ansicht über den Eintritt des Reiches ausfallend zu äußern. Der „Temps“ meint, daß England seine Bemühungen bald beenden wird; denn die Gefahren einer Vorzugsbehandlung Deutschlands sind sehr groß. „Wir riskieren, dem Reich ein Prestige und einen Einfluß zu sichern, den es noch nicht verdient hat. Wenn Deutschland in Genf vertreten sein wird, ist das die Unterstüßung einer Außenseiterrolle zu sichern weiß, dann werden die Engländer bald erkennen, daß die politische Aufseherung Deutschlands für England ebenso peinlich folgen kann, wie für die anderen Staaten.“ Der „Temps“ will nicht bestreiten, daß die Beteiligung Deutsch-

lands auch einige Vorteile bringen könnte; aber die Entscheidungen, die der Reichsregierung verbrochen zu sein scheinen, seien doch viel zu groß. Welche Garantie mit Zuzugabe für die im Vorkrieg verlorne Bürgschaft geben, die internationalen Verpflichtungen zu respektieren? Ist Deutschland aufrichtig, wenn es durch seinen Beitritt sich den Nutzen gibt, daß es die territorialen und politischen Bestimmungen respektieren will, die der Sieg der Alliierten herbeigeföhrt hat? Der „Temps“ wünscht zu wissen, welche Verpflichtungen der Reichsregierung gemacht worden sind und wer die moralische Verantwortung für den Akt der Schwäche zu tragen hat. — Noch merkwürdiger sind die Kommentare Bismarcks in der „Action Française“ und „Liberte“, welche die Situation als äußerst günstig für Deutschland schildern. Die ganze Polemik über die Verantwortung Deutschlands habe schließlich den Erfolg gehabt, daß Deutschland sich um den Beitritt zum Bunde nicht mehr zu bewerben braucht, sondern daß es immer dringender dazu aufgefordert wird, dem Völkerbund nicht länger fern zu bleiben. Deutschland ist jetzt in der Lage, sich bitten zu lassen.

Der Widerspruch des „Temps“ und das falsche Bismarcks dienen beide der gleichen Absicht: Die öffentliche Meinung Frankreichs soll dahin gebracht werden, die strengen Vorbedingungen für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu stellen. Die Realisation ist einfach: Entweder nimmt Deutschland diese Bedingungen an, und dann hat es noch einmal sich dem Willen der Sieger beugen, oder es verzögert nachlässig noch auf den Beitritt, dann sind die französischen Nationalisten ihre Sorgen wenigstens für einige Zeit los. Es ist nicht zu erwarten, daß diese Bedingung aufgelegt, da über die Aufnahme die Mehrheit des Völkerbundes zu entscheiden hat, können die französischen Treibereien nur dann auf einen Sieg rechnen, wenn sich die Reichsregierung selbst durch eine falsche Zäufel den Beitritt erschwert. Die Auffassung der beiden französischen Gruppen läßt sich nach den Zeitungen deutlich erkennen. Die Gegner sagen, was der „Temps“ gesagt hat: Deutschland hat die Bedingungen der Vorkriegsrestriktionen für die Beendigung der Militärkontrollen noch nicht erfüllt; Deutschland hat noch nicht genügende Beweise dafür gegeben, daß es den Dames-Plan erfüllen will und kann. Deutschland bestreitet seine Schuld am Krieg und ersüßert dadurch die Reichsgrundlage des Vertrags von Versailles. Deutschland denkt daran, seine Regierung nach rechts zu erweitern und dann werden alle Vorteile eines Eintritts in den Bund ebenso illusorisch wie die in London unterschriebenen Verpflichtungen. Darauf antworten die Politiker, welche für den Eintritt des Reiches sind: Wenn diese Sorgen begründet sind, dann ist es doppelt wichtig, Deutschland in den Bund aufzunehmen. Denn durch die Politik der Renance und durch eine Sabotierung des Dames-Planes würde das Reich sofort eine unbefriedigte Reaktion aller übrigen Völker gegen sich aufbringen, wenn es erst einmal zum Bunde gehört. Außer diesen beiden Auffassungen gibt es noch gegensätzliche Ermahnungen, die bei beiden Parteien mitprechen. Es ist aber Pflicht der Gerechtigkeit, zu erklären, daß die jetzige französische Regierung ebenso wie die französischen Delegierten in Genf die Frage der Aufnahme Deutschlands nicht nur nach niedrigen Erwägungen, sondern von einem höheren Standpunkt aus zu behandeln wünschen.

T. W. Wahrscheinlich werden wir morgen am Dienstag, nach der Sitzung des Reichskabinetts, wissen, ob Deutschland in den Völkerbund eintritt, oder draußen bleiben muß. Heute, am Montag, wissen es die Mitglieder des Reichskabinetts selber noch nicht. Man kann sagen, das sei ein eigentümlicher Mangel an Klarheit und Entscheidungsbefähigkeit. Indessen, es war, vor der Entscheidung, dringend notwendig, ganz genau das Terrain zu erkunden, und das mag immerhin ein milderes Urteil finden. Döglieh angelehnt und wohlmeinende französische Politiker, die Berlin besuchen, mit Bestimmtheit und in eifriger Leberreicherung versichern, Herrin wünsche die Aufnahme Deutschlands, haben wir wieder in seiner Rede, noch in den Worten und Taten seiner Mitarbeiter eine warm hervorströmende Empfangsfreude verspürt. Der „Temps“ scheint jedesmal von einem Innozenzen besessen zu werden, wenn er sich mit diesem Thema beschäftigen muß. Natürlich sind solche inneren Zufälle, die sich auf der Gegenseite bemerkbar machen, für uns kein Grund, zu verzweifeln und den gutmütigen armen Beter zu spielen, der niemandem generen will. Aber es war doch wohl richtig, nicht gleich mit blindem Enthusiasmus Lösungsmitteln, sondern erst ein bißchen nachzudenken, ob nicht irgendwas, ganz zufällig, ein Stein mitten im Wege liegt. Stresemann hätte das vor vierzehn Tagen oder drei Wochen tun können, statt die dem Salzwasser der Nordsee durchtränkte Rede zu halten, die forsch und kein Weiterstuf war. Das Verfaßte ist nachgeholt worden, man hat sich, was ja kein Geheimnis mehr ist, mit der Bitte um Auskunft nach London gemeldet, und es scheint ja, daß auch die Außenkommission des Völkerbundes in Genf die Angelegenheit bereits erörtert hat. Friedrichs Plänen, der dieser Kommission angehört, ist zum Reichsamt Marx nach Sitzungen gerückt. Er ist kein Mann der juristischen Spitzfindigkeiten, aber ein wunderbarer Mensch mit einem großen Herzen und leuchtenden Augen, und er hat ohne Zweifel dem Reichskanzler eindrucksvoll die Vorteile geschildert, die sich aus dem Eintritt in den Völkerbund für Europa, für die Welt und vor allem für Deutschland selber ergeben können. Diese Vorteile sehen auch wir. Wenn Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrate hat, kann in Genf schwerlich noch eine gegen uns gerichtete Politik gemacht werden, kann man dieses annehmen, manches aus der Hufe unserer Minderke der Vereinfachung näher bringen. Die Antwort auf die Fragen, die man hinausgeschickt hat, sollte heute eintreffen, und vom Inhalt dieser Botschaft hängt so ziemlich alles ab. Mit Entscheidungsbefähigkeit aber muß man fordern, daß diejenigen Herren Minister, die gen hintenherum kleine Bürgerbedürfnisse betreiben, in der bevorstehenden Debatte ihre innerpolitischen Neigungen ausschalten, denn die ungenüßlich bedenkenswerten Frage der auswärtigen Politik gehört nicht in diesen inneren Saal zu bringen. Wie jeder unparteiische Historiker heute feststellen muß, zeigen die diplomatischen Akten, daß die deutsche Politik vor dem Kriege die Politik der verarmten Gelegenheiten war, und daß die günstigsten, besten Gelegenheiten verarmt wurden, weil man Rücksicht auf Herrn v. Tirpitz und seine Freunde, und auf die nationalitätlichen Bierbänke nahm. Wir haben keine Veranlassung, beneidert in das Dunkel hineinzuheulen, aber wenn es kein Dunkel mehr ist, wenn die erbetenen Informationen es sind, dann darf man nicht das Bestreben des Herrn v. Dollfuss nachdenken. Der immer, wie die geschäftlichen Jäger, den weißen Stroh vorbereiten ließ und seine Apopten hinter Zäufeln, hohen Formen und unerklärlichen Grundfragen verberg.

Ohne den Sitz im Völkerbundsrate geht es selbstverständlich nicht. Vier Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan, sind im Rate „ständig“, also bis an das Ende der Dinge, vertreten, während gegenwärtig sechs andere für eine vorläufig nicht genau bestimmte Zeitdauer zugelassen sind. Diese zehn können einen neuen Anknüpfungspunkt bilden, indem sie durch ihre Zahl in den Völkerbundsversammlung vertritt. Artikel vier der Völkerbundsverfassung spricht ausdrücklich aus, daß der Rat auch neue, „ständige“ Mitglieder wählen kann, wenn die Mehrheit der Völkerbundsversammlung es genehmigt, und aus den Statuten ergibt sich also nicht das mindeste Hindernis. Daß Deutschland, als Mitglied des Rates, in der Abrüstungskommission mitreden haben würde, steht fest. Seit aber mit dem Eintritt Deutschlands gerechnet wird, geht sich das Weiter, diese Kommission zu entlassen und einige Aufgaben, beispielsweise die Ausübung der militärischen Kontrolle, auf Unterkommissionen abzuladen, aus denen dann die deutsche Delegation ferngehalten werden soll. Ein deutscher Vertreter der Kontrolle könnte die anderen Herrschaften nicht verdrängen, all das zu sehen, was immer interessant erscheint. Wenn man ihn trotzdem, wie Plaubart seinen Gattinnen, sagen wollte, daß er in dieses eine Zimmer nicht hinein dürfe, so müßten wir den Einbruch gewinnen, doch man selber eine Beside zu verbergen hat. Diese Angelegenheit würde sich aber besser innerhalb der Völkerbundsversammlungen erörtern lassen, als von außen her. Für heute müßte es genügen, zu erklären, daß der Bericht — denn es heißt weilen handelt es sich um einen noch nicht vollendeten Ver-

such — gegen die Idee der Gleichberechtigung und auch gegen einige Moralgelebe verstößt.

Erheblich wichtiger, überaus wichtig sogar, und darum vor der Ankunft zu regeln, ist ein anderer Punkt. Die Frage, ob man beim Debut in einer verdünnten Erklärung auf die Vergangenheit anspielen kann, mag eine hohe Bedeutung für diejenigen haben, die an den Wert von Demonstrationen glauben, aber absolut notwendig ist eine Erklärung, die sich auf die Zukunft bezieht. Die Artikel 10, 11, 12 und 13 des Völkerbundsvertrages verpflichten die Mitglieder des Bundes, militärische Hilfe gegen einen Friedensstörer zu leisten, einen Teil ihrer bewaffneten Macht zur Verfügung zu stellen. Sie schreiben weiter vor, daß die zum Bunde gehörenden Staaten den Durchmarsch durch ihr Gebiet jedem Bundesmitgliede zu erleichtern haben, das an einer gemeinsamen Aktion teilnimmt. Bereits im Dezember 1920 hat die Schweiz die Befolgung dieses Gebotes abgelehnt. Demals sollte in Wilna ein Meßstüb darüber entscheiden, ob die Bevölkerung Litauens oder polnisch sein sollte, und vor der Abstimmung hatten die Polen die Stadt besetzt. Der Völkerbund hatte vergeblich die Polen zum Abmarsch aufgefordert und dann, zur Zählung der Widerstandigen, ein gemischtes Expeditionskorps zusammengebracht. Frankreich und Spanien wollten ihre Truppen

durch die Schweiz ziehen lassen, aber der Bundesrat in Bern verweigerte die Erlaubnis und leistete auch dann, als er durch eine Note an seine Bundespflicht gemacht wurde und der Konflikt sich verschärfte, energisch und erfolglos Widerstand. Er brieft sich darauf, daß die Schweiz eine Ausnahmeleistung einnehme, da ihre Neutralität von allen Großmächten garantiert worden sei. Ganz ebenso nimmt Deutschland, nur aus anderen Gründen, eine Ausnahmeleistung ein. Deutschland besitzt infolge der Entwaffnung, nur eine winzige Armee. Es kann nicht, gleich den Staaten, die nicht abgerüstet haben und über eine gewaltige Militärmacht verfügen, einen Teil seines Heeres auscheiden, wenn die Genfer Kompromete — wie Deindalls Horn die Götter — den Bund zum Kampfe rufen. Es kann auch nicht den Durchmarsch gestatten, denn was würde geschehen? Es würde nicht in der Lage sein, mit der feinen Reichswehr seine Grenzen gegen die angreifende Partei zu schützen, die mit vollem Recht erklären würde, daß es seine Neutralität aufgegeben habe, und die Truppen dieser Partei würden sehr schnell das deutsche Territorium überschreiten. Während die Staaten mit angenehmerer Geographie die Galerie bilden könnten, würde Deutschland, in der Mitte Europas, die Arena, der allgemeinen Kriegsschauplatz sein. Es ist nicht möglich, mit der Aussicht auf solche Gefahren, auf neue kriegerische Scheußlich-